

Statement von Oliver Coenenberg

Geschäftsführer Personal & Organisation sowie
Arbeitsdirektor der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH,
Vorstandsvorsitzender Arbeitgeberverband HessenChemie

Frühjahrspressegespräch der Chemieverbände Hessen

am 18. März 2025

bei DECHEMA e.V., Theodor-Heuss-Allee 25, 60486 Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 18. März 2025 – 12:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich möchte Sie herzlich zu unserem heutigen **Pressegespräch der Chemie** begrüßen. Ich freue mich über Ihre Teilnahme hier vor Ort, aber auch online.

Richtungsweisende Wahlen in den Vereinigten Staaten und in Deutschland liegen hinter uns. Präsident Trump schafft mit seiner Politik gerade neue Fakten, die es dringend erforderlich machen, sehr schnell eine handlungsfähige neue Bundesregierung zu bilden.

Wir begrüßen daher das Tempo von CDU und SPD bei den Sondierungen und Koalitionsverhandlungen. Aber am Ende müssen auch die Ergebnisse stimmen.

Es ist richtig, größere Spielräume zur Finanzierung unserer Sicherheit, aber auch zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft und zur Auflösung des Investitionsstaus zu schaffen.

Es braucht allerdings mehr als schuldenfinanzierte Programme, um Deutschland wieder fit für die Zukunft zu machen.

Wir erwarten ...

- Strukturelle Reformen und die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit;
- eine weitreichende Reform der sozialen Sicherungssysteme, die dem demografischen Wandel wirklich Rechnung trägt und nachfolgende Generationen nicht belastet;
- Bürokratieabbau in allen Bereichen, um Unternehmertum wieder zu ermöglichen;
und
- Anstrengungen bei der Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs.

Dr. Joachim Kreysing wird unseren Forderungskatalog noch um wichtige **industriepolitische Themen** ergänzen.

Zunächst möchte ich Ihnen aber ein **Lagebild zur wirtschaftlichen Situation** der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Hessen geben. Dazu ziehen wir die amtliche Statistik und eine aktuelle Verbandsumfrage heran.

Um es gleich vorwegzunehmen: Alle Alarmzeichen stehen weiterhin auf Rot.

Für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen ist die erhoffte wirtschaftliche Trendwende auch 2024 ausgeblieben. Im vergangenen Jahr verharrten alle relevanten Kennzahlen im Minus.

Für das **Jahr 2024** weist die Statistik

- eine **Stagnation** bei der Produktion (**+/- 0 Prozent**),
- **-0,7 Prozent** bei den Verkaufspreisen und
- **-0,9 Prozent** beim Gesamtumsatz

Zur Erinnerung:

Die Produktion war 2022 bereits um **4,3 Prozent** und 2023 um **8,9 Prozent** gesunken.

Damit rutscht unsere Industrie immer tiefer in die Rezession. Die seit **2022 andauernde Talfahrt** hat sich zwar zuletzt etwas verlangsamt; ein baldiges Ende dieser Entwicklung erwarten unsere Mitgliedsunternehmen aber nicht.

Die Folgen werden sichtbar: Weniger Investitionen und ein Rückgang der Beschäftigung.

Die anhaltende Krise hat bereits zu einer spürbaren **Investitionszurückhaltung** für das Inland geführt. **76 Prozent** der befragten Unternehmen gehen demnach von einer Stagnation, beziehungsweise von einer Abnahme des Investitionsvolumens für dieses Jahr aus.

Nach unseren Berechnungen ist die **Zahl der Beschäftigten** im vergangenen Jahr insgesamt **um 0,3 Prozent** gesunken. Dies lag vor allem an der klassischen Chemie, wohingegen die pharmazeutische Industrie noch Personal aufbauen konnte. Ich komme darauf zurück.

Zuversichtlich stimmt mich, dass unsere Branche in Hessen mit **1.708 Ausbildungsstellen** im Jahr 2024 **ein Rekordangebot** an Ausbildungsplätzen gemacht hat.

90 Prozent aller Absolventen wurden im Anschluss an ihre Ausbildung übernommen. Die Ausbildungsbetriebe reagieren damit auf das Ausscheiden der Baby-Boomer in den kommenden Jahren.

Im Folgenden werden wir uns die Zahlen der **klassischen Chemie** und der **pharmazeutischen Industrie** getrennt anschauen. Die Entwicklungen in beiden Sparten verlaufen sehr unterschiedlich.

Chemiegeschäft erheblich geschwächt

Die klassische Chemie in Hessen ist im zurückliegenden Jahr noch weiter in die Knie gegangen.

Die **Produktion** sank zum Vorjahr nochmals um **gut 2 Prozent**. Gegenüber dem Jahr 2021 liegt sie damit **um 28 Prozent** niedriger!

Hier zeigt sich, dass wir mit der hiesigen Kostenstruktur, insbesondere bei der energieintensiven Produktion **nicht mehr wettbewerbsfähig** sind.

Die Folgen: Anlagen werden gedrosselt oder auch stillgelegt, und die **Beschäftigung** ist um **1,8 Prozent** zurückgegangen.

Die **Verkaufspreise für Chemierzeugnisse** können diesem Trend nichts entgegensetzen. Nachdem sie bereits 2023 zurückgegangen waren, hat die anhaltend schwache Nachfrage die Preise auch letztes Jahr nochmals um **2,9 Prozent** sinken lassen.

Der **Umsatz** ist um **11 Prozent** auf nun **13,2 Milliarden Euro** abgestürzt. Innerhalb von zwei Jahren ist dies ein nie dagewesener Rückgang **um insgesamt 30,5 Prozent!**

Pharma: Erfreulicher Verlauf 2024 mit abgeschwächter Dynamik

Das Pharmageschäft entwickelte sich im vergangenen Jahr noch vergleichsweise positiv. Der Gesamtumsatz der Pharmaindustrie in Hessen belief sich 2024 auf gut **18,1 Milliarden Euro**. Dies ist eine Steigerung um **8 Prozent**. Die Anzahl der Beschäftigten nahm hier **um 1,8 Prozent zu**.

Die **Verkaufspreise** stiegen im Jahresvergleich um **2,4 Prozent** und damit nur halb so stark wie 2023. Der Mengenzuwachs fiel im Vergleich mit **1,5 Prozent** noch schwächer aus.

Dies belegt, dass auch die pharmazeutische Industrie nicht immun gegen strukturelle Probleme und internationale Krisen ist.

Aus Hessen heraus werden pharmazeutische Erzeugnisse im Wert von **rund 3 Milliarden Euro** in die USA exportiert. Bei einem Handelskonflikt wären hier Einschnitte zu befürchten, im Übrigen durch die enge wechselseitige Verflechtung auf beiden Seiten des Atlantiks.

Hohe Kosten belasten Wettbewerbsfähigkeit und Ergebnisse

Ich komme nun zu unserer eigenen **Verbandsumfrage**, die wir im Februar 2025 unter den Mitgliedsunternehmen von HessenChemie durchgeführt haben.

Befragt nach den **größten Geschäftsrisiken** für dieses Jahr nannten die Unternehmen

- den Fachkräftemangel mit **90 Prozent**
- ungünstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen mit **89 Prozent**
- steigende Arbeitskosten mit **81 Prozent**

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

- steigende Energie- und Rohstoffkosten mit **73 Prozent** und
- einen hohen Krankenstand mit **61 Prozent**

Unser Geschäft wächst im Gegenzug zu den Kosten jedoch nicht mit:

- **73 Prozent** der Befragten erwarten für 2025 eine stagnierende oder eine weiter sinkende Produktion.
- **72 Prozent** gehen von einem Stillstand, beziehungsweise einem erneuten Rückgang bei den Umsätzen aus.
- **44 Prozent** der Unternehmen sehen folgerichtig auch keine Verbesserung ihrer Ertragslage. Mehr noch:
- weitere **44 Prozent** erwarten sogar eine Verschlechterung!

Mit einer spürbaren Erholung des Geschäfts rechnen **91 Prozent** der Unternehmen stattdessen frühestens für das **Jahr 2026**.

Dies hat die bereits erwähnten Folgen:

- **81 Prozent** der Unternehmen werden in diesem Jahr umfangreiche Programme zur Kostensenkung umsetzen oder sie haben dies bereits getan.

- **44 Prozent** der Befragten werden 2025 weiter Personal abbauen, beziehungsweise haben dieses bereits reduziert.

Kursänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Meine Damen und Herren,

die Lage ist nicht nur in unserer Branche, sondern in der Industrie insgesamt alarmierend. Die Unternehmen müssen ihre Geschäftsmodelle anpassen, aber die Rahmenbedingungen am Standort müssen dies auch ermöglichen.

Deshalb fordern wir von der künftigen Bundesregierung eine entschiedene Kursänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes möchte ich vor allem drei Herausforderungen ansprechen:

- Die **Sozialabgaben** steigen unaufhörlich,
- die **Bürokratie** frisst Zeit und Ressourcen und
- der **Arbeits- und Fachkräftemangel** bedroht langfristig unseren Wohlstand.

Gesamtversicherungsbeitrag wieder unter 40 Prozent – wir brauchen mehr politischen Mut!

Deutschland ist ein Hochlohnland. Das ist nicht per se schlecht, denn gut ausgebildete Fachkräfte und eine leistungsfähige Wirtschaft gehen Hand in Hand. Doch wenn Produktivität nicht schritthält und die Abgabenlast weiter steigt, gefährden wir genau dieses Zusammenspiel.

Die **Sozialabgabenlast** liegt jetzt bei **41,9 Prozent** und muss unbedingt wieder abgesenkt werden. Denn zu hohe Arbeitskosten untergraben die **Wettbewerbsfähigkeit** unserer Unternehmen und gefährden Arbeitsplätze. Das ist gleichermaßen schlecht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer!

Im vorgelegten **Sondierungspapier** sind jedoch keine ambitionierten Maßnahmen erkennbar, die zur Stabilisierung oder gar zur Senkung der Sozialabgaben beitragen. Diese müssten aber dauerhaft bei **40 Prozent** liegen, um Arbeit wieder attraktiver zu machen und den Standort zu stärken.

Das Geld fehlt den Unternehmen sonst für Investitionen und die Beschäftigten haben weniger „Netto vom Brutto“. Das muss sich

ändern, sonst helfen auch **krisengerechte Tarifabschlüsse** nicht weiter.

Für die **kunststoffverarbeitende Industrie in Hessen** haben wir gerade einen solchen Abschluss getätigt: **1,9 Prozent in der 1. Stufe** und **2,3 Prozent in der zweiten Stufe** bei einer Gesamtlaufzeit von insgesamt **28 Monaten**. Dies zeugt von Einsicht, Verantwortung und Handlungsfähigkeit in einer der größten wirtschaftlichen Krisen – und dies von beiden Tarifparteien.

Rente, Gesundheitskosten und Pflege sind die größten Kostenblöcke in unserem Sozialsystem. Lassen Sie mich diese daher kurz ansprechen.

1. Im Sondierungspapier von Union und SPD sind bisher leider keine Reformbestrebungen bei der Rente erkennbar. Die angestrebte **Sicherung des Rentenniveaus** und die Ausweitung der **Mütterrente** bewirken sogar das Gegenteil. Um die Rentenversicherung auch künftig finanzierbar zu halten, muss die **Regelaltersgrenze** nach 2031 weiter ansteigen. Und Frühverrentungsanreize für besonders

langjährig Versicherte müssen abgeschafft und der Nachhaltigkeitsfaktor wieder eingeführt werden.

2. Zum **Thema Gesundheit** enthält das Sondierungspapier ebenfalls wenig. Dabei sehen wir durchaus weiteren Handlungsbedarf. Eine qualitätsorientierte Konsolidierung der **Krankenhauslandschaft**, der Aufbau von Notfallzentren bei gleichzeitiger Verzahnung der **ambulanten Angebote** wird die Qualität und Effizienz steigern. In einer maßvollen **Eigenbeteiligung** der Patienten liegt die Möglichkeit, etwa durch eine überarbeitete Praxisgebühr oder die Dynamisierung von Zuzahlungen Anreize für kostenbewusstes Verhalten zu geben. Schließlich muss die **elektronische Patientenakte verbindlich** für alle kommen, um so Bürokratieabbau und Effizienzsteigerung zu erreichen.
3. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt stark an. Die langfristige Finanzierbarkeit der **Pflegeversicherung** muss daher dringend durch eine umfassende Strukturreform sichergestellt werden. Die private, kapitalgedeckte Vorsorge muss ausgebaut werden.

Hierzu haben wir als Branche bereits einen innovativen Beitrag geleistet.

Für die Chemie haben wir bereits in der Tarifrunde 2019 eine **tarifvertragliche Pflegezusatzversicherung** vereinbart, die im Pflegefall bis zu 1000 Euro monatlich leistet. Dies ist ein weiteres Beispiel für den **Gestaltungswillen der Chemie-Sozialpartner**.

Bürokratieabbau – Politik muss die Unternehmen atmen lassen!

Egal mit wem man spricht – Unternehmer, Personalverantwortliche, Arbeitnehmer - wir sind uns alle einig: Die **Bürokratie** wird immer mehr, sie kostet Zeit, sie kostet Geld und sie hält uns von unserer eigentlichen Arbeit ab.

Berichts- und Meldepflichten müssen dringend reduziert werden: Der Gesetzgeber muss hier endlich für eine pragmatische Entlastung sorgen, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Im Sondierungspapier haben wir diesen Punkt erfreulicherweise gefunden.

Wir begrüßen sehr, dass Union und SPD in Aussicht stellen, die Arbeitszeit von einer starren Tageshöchst arbeitszeit auf eine **wöchentliche Betrachtung** anpassen zu wollen. Allerdings wünschen wir uns dann auch den Mut, die **Ruhezeiten** zu flexibilisieren, um Betrieben und Beschäftigten einen echten Gestaltungsspielraum zu geben.

Arbeits- und Fachkräftesicherung – einfach besser machen

Der **Arbeits- und Fachkräftemangel** ist kein Zukunftsproblem mehr, er ist heute schon Realität.

Wir erleben Engpässe in allen Bereichen: Industrie, Handwerk, Gesundheitssektor – qualifizierte Mitarbeiter fehlen überall. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Wachstum und unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Im letzten Jahr hat unsere Branche bundesweit erstmals über **10.000 Ausbildungsplätze** angeboten. Dies ist ein starkes Signal der Betriebe für die Zukunft des Standortes Deutschland.

Das alleine reicht aber nicht, um das Problem zu lösen.

Wir müssen die **Fachkräftezuwanderung** beschleunigen:
Der Prozess dauert viel zu lange. Wer heute eine **ausländische Fachkraft** einstellen will, kämpft mit monatelangen Wartezeiten bei Botschaften und Behörden.

Wir fordern daher: Digitale Verfahren, zentrale Anerkennungsstellen für Berufsabschlüsse und eine **drastische Beschleunigung der Prozesse**. Genau diese Stoßrichtung findet sich auch im Sondierungspapier wieder. Eine Umsetzung würden wir begrüßen.

Es ist mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar, warum Zeitarbeitsfirmen keine Beschäftigten aus Drittstaaten einstellen dürfen. Deutschland muss sich im globalen Wettbewerb um Talente besser aufstellen! Hier wünschen wir uns eine gesetzliche Änderung.

Mehr Kindertagesplätze – eine echte Entlastung für Familien

Wir sprechen über **Fachkräftemangel**, doch viele Elternteile mit guter Ausbildung können nicht arbeiten, weil es an Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder fehlt.

Ein **bedarfsgerechter Ausbau von Kitaplätzen** ist nicht nur eine familienpolitische Maßnahme – er ist ein entscheidender Wirtschaftsfaktor! Damit genügend Kindertagesplätze bei fehlenden Erzieherinnen und Erziehern realisierbar sind, sollten auch die bestehenden **Standards** überprüft werden. Ein **Familienbudget** für Alltagshelfer, wie von Union und SPD vorgesehen, lehnen wir allerdings wegen zusätzlicher Bürokratie und hoher Kosten ab.

Schließen möchte ich mit einem klaren Appell:

Im Sondierungspapier werden mehrere Eingriffe in die Tarifautonomie formuliert.

Wir kritisieren die Einmischung bei der Festsetzung eines Mindestlohns auf 15 Euro für 2026 ebenso, wie die politische Definition der tariflichen Vollzeitarbeit von 34 Stunden.

Wer durch ein Bundestariftreuegesetz die Tarifbindung stärken will, sollte nicht gleichzeitig die Axt an die Wurzeln der Tarifautonomie anlegen!

Jetzt möchte ich an meinen Kollegen vom VCI übergeben.

Bitte Herr Kreysing!